

Laibacher Zeitung.

Druckereipreis: Mit Postversendung: ganzjährig fl. 15, halbjährig fl. 7.50. Im Comptoir: ganzjährig fl. 11, halbjährig fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig fl. 1. — **Insertionspreis:** Für die erste Zeile 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

Die „Laib. Zeit.“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Congregationsplatz Nr. 2, die Redaction Bahnhofgasse Nr. 15. Sprechstunden der Redaction von 8 bis 11 Uhr vormittags. Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen, Manuscripte nicht zurückgestellt.

Ämtlicher Theil.

Gesetz vom 5. Jänner 1896,

mit welchem das Gesetz vom 24. November 1876 (R. G. Bl. Nr. 137) sowie einzelne Bestimmungen des Gesetzes vom 30. April 1870 (R. G. Bl. Nr. 68) abgeändert oder ergänzt werden.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1. Für den Sanitätsdienst bei den Bezirkshauptmannschaften (§ 6, lit. b des Gesetzes vom 30. April 1870 (R. G. Bl. Nr. 68)) sowie zur hilfsärztlichen Dienstleistung bei den politischen Landesbehörden (§ 9 des bezogenen Gesetzes) werden Sanitätsconzipisten in der X., Bezirksärzte in der IX. und Oberbezirksärzte in der VIII. der durch das Gesetz vom 15. April 1873 (R. G. Bl. Nr. 47) für Staatsbeamte festgesetzten Rangklassen bestellt.

§ 2. Die Einreihung in diese Rangklassen hat in der Art stattzufinden, daß von der für jedes Verwaltungsgebiet systemisirten Gesamtzahl der im § 1 genannten Amtsärzte in der Regel ein Fünftel der X., drei Fünftel der IX. und ein Fünftel der VIII. Rangklasse angehören.

Die Befetzung der Stellen der X. und VIII. Rangklasse findet in der Regel durch Ernennung im Concurswege, jene der IX. Rangklasse in der Regel durch Vorrückung aus der X. Rangklasse statt.

§ 3. Dem Landeschef steht zu, die Amtsärzte aller drei Rangklassen zu den Bezirkshauptmannschaften oder zu der politischen Landesbehörde gegen Zugestellung der normalmäßigen Uebersiedlungsgebühren zu versetzen.

§ 4. Zur Heranziehung eines geeigneten Nachwuchses und zur Verwendung als Hilfspersonale im staatlichen Sanitätsdienste bei den politischen Landes- und Bezirksbehörden können Sanitätsassistenten mit und ohne Adjuten bestellt werden.

Die Zahl der Adjuten darf in der Regel die Hälfte der Anzahl der Sanitätsconzipistenstellen nicht überschreiten.

Im übrigen haben hinsichtlich der Sanitätsassistenten die für Conceptspraktikanten bei den politischen Behörden bestehenden Vorschriften Anwendung zu finden.

§ 5. Bei den politischen Landesbehörden, deren Geschäftsumfang in Sanitäts-Angelegenheiten zu groß ist, als daß der Landes-Sanitätsreferent den ihm nach den Bestimmungen des § 13 des Gesetzes vom 30. April 1870 (R. G. Bl. Nr. 68) überwiesenen

dienstlichen Obliegenheiten, insbesondere in Bezug auf die persönliche Ueberwachung und Inspicierung der sanitären Verhältnisse seines Amtsgebietes entsprechend nachkommen könnte, sind besonders qualifizierte Amtsärzte als Landes-Sanitäts-Inspectoren mit der VII. Rangklasse zu bestellen.

Zur Zeit außergewöhnlicher Bedrohung des allgemeinen Gesundheitszustandes der Bevölkerung durch pandemische Infectionskrankheiten sind in den bedrohten Verwaltungsgebieten nach Maßgabe des unmittelbaren Bedarfes für die Dauer der Gefahr geeignete Oberbezirksärzte auszuweisen als inspicirende Amtsärzte zu bestellen, und ist ihnen für die Dauer dieser ausnahmeweisen Verwendung die Stellung von Landes-Sanitäts-Inspectoren provisorisch einzuräumen.

Der Minister des Innern ist ermächtigt, Landes-Sanitäts-Inspectoren und inspicirende Amtsärzte eines Verwaltungsgebietes ausnahmeweise zu besondern fachlichen Erhebungen außerhalb ihres regelmäßigen Amtsgebietes, insbesondere in Verwaltungsgebieten, in denen keine Landes-Sanitäts-Inspectoren bestellt sind, zu verwenden.

§ 6. Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten mit dem 1. Juni 1896 in Kraft, und werden mit diesem Zeitpunkte die mit demselben nicht im Einklange stehenden Bestimmungen der Gesetze vom 30. April 1870 (R. G. Bl. Nr. 68) und vom 24. November 1876 (R. G. Bl. Nr. 137) außer Wirksamkeit gesetzt.

§ 7. Der Minister des Innern ist mit dem Vollzuge dieses Gesetzes beauftragt.

Wien den 5. Jänner 1896.

Franz Joseph m. p.

Badeni m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen allergnädigst:

die Enthebung des Feldmarschall-Lieutenants Emil Ritter von Guttenberg, Stellvertreters des Chefs des Generalstabes, von diesem Dienstposten, bei gleichzeitiger Uebersetzung in den Urlaubersstand, anzuordnen und demselben bei diesem Anlasse den Orden der eisernen Krone zweiter Classe taxfrei zu verleihen; zu ernennen:

den Feldmarschall-Lieutenant Heinrich Ritter von Pitreich, Commandanten der 24. Infant. Truppendivision, zum Stellvertreter des Chefs des Generalstabes;

den Generalmajor Hermann Ritter von Pinter, Commandanten der 6. Infanterie-Brigade, zum Commandanten der 24. Infanterie-Truppendivision;

Mengen (in einem Falle je 1 gr Rainit und Thomas-schlacke für mehrere Joch!) ein relativ bedeutender Erfolg erzielt wurde. Daß beide Culturverfahren auch eine entsprechende Bodenbearbeitung und Regelung der Wasserverhältnisse zur Voraussetzung haben, ist selbstverständlich. Näher auf die Einzelheiten der beiden Culturverfahren hier schon einzugehen, dürfte wohl nicht am Platze sein und soll deshalb diesbezüglich nur noch bemerkt werden, daß beide Verfahren mit geringen Kosten verbunden sind und von den jetzt bereits im Laibacher Moore üblichen principiell nicht weit abweichen, somit den Moorbauern nicht ganz fremd sind und im wesentlichen nur eine allerdings eingreifende Verbesserung der jetzigen Verfahren, verbunden mit einer rationellen Düngung, vorstellen.

Die Cultur auf unbedeckten Dämmen würde sich insbesondere für die Anlage von Wiesen und Weiden, auf welche überhaupt im Laibacher Moore das Schwergewicht zu legen wäre, eignen, aber auch eine Cultur von Feldgewächsen nicht ausschließen, wenn nach mehrjährigem Turnus immer wieder einige Jahre Wiesenanlagen auf den Dämmen eingeschaltet würden, um einer zu weit gehenden Verpusverung des Moores vorzubeugen und eine festere Oberschichte zu schaffen. Außerdem lassen diese Culturen auf unbedeckten Dämmen immer die Möglichkeit offen, nach Wunsch und Bedarf später einmal zu einer Deckcultur überzugehen.

Die Mischcultur wäre andererseits hauptsächlich für Feldgewächse zu reservieren, selbstverständlich aber auch

anzuordnen:

die Einrückung des Obersten Johann Cvitkovic, des Generalstabscorps, eingetheilt zur Truppendienstleistung beim Infanterie-Regiment Freiherr von Teuchert-Kauffmann Nr. 28, zum Generalstabsdienste; die Eintheilung des Oberstleutenants Karl Ter-sitzky von Nadas, des Generalstabscorps, zur Truppendienstleistung beim Husarenregiment Bladimir Großfürst von Rußland Nr. 14, mit Belassung im Generalstabscorps;

die Enthebung des Obersten Peter von Thurnansky von dem Commando des Infanterieregiments Kaiserin und Königin Maria Theresia Nr. 32 anzuordnen;

den Obersten Arnold Michl, des Infanterie-Regiments Graf von Degenfeld-Schonburg Nr. 83, zum Commandanten des Infanterie-Regiments Kaiserin und Königin Maria Theresia Nr. 32 zu ernennen;

den Obersten Alois Hauer, des Ruhestandes, den erledigten Elisabeth-Theresien-Militärstiftungsplatz dritter Classe zu verleihen;

anzuordnen die Enthebung: des Linien-Schiffs-Capitäns Franz von Kiezl, Vorstandes der zweiten Abtheilung, und des Fregatten-Capitäns August Schweisgut, Vorstandes der ersten Abtheilung der Marine-Section des Reichs-Kriegsministeriums, von ihren gegenwärtigen Dienstposten;

zu ernennen: den Fregatten-Capitän Emil Erlen von Hermann zum Vorstande der ersten Abtheilung und den Corvetten-Capitän Eduard Thomann Erlen von Montalmar zum Vorstande der zweiten Abtheilung der Marine-Section des Reichs-Kriegsministeriums; ferner

anzubefehlen, daß dem Fregatten-Capitän August Schweisgut der Ausdruck der allerhöchsten Zufriedenheit bekanntgegeben werde;

ferner: dem Militär-Oberthierarzte erster Classe Thomas Ustrnul, des Corpsartillerie-Regiments Erzherzog Albrecht Nr. 5, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone zu verleihen.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Jänner d. J. dem Oberingenieur im Ministerium des Innern Johann Lässig taxfrei den Titel und Charakter eines Baurathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Badeni m. p.

Feuilleton.

Das Laibacher Moor.

III.

Für das Laibacher Moor kämen, meiner Ansicht nach, je nach den Bodenverhältnissen vorläufig zwei verschiedene Culturverfahren in Betracht. Nämlich: 1.) Die Cultur auf 25 beziehungsweise 50 Meter breiten unbedeckten Moordämmen, dort wo die Moorschichte eine Mächtigkeit von mehr als 20 cm hat und 2.) eine Mischcultur auf dem durch Rajolen oder tiefes Pflügen mit dem Untergrund gemischten Moore, dort wo die Moorschichte eine Mächtigkeit von weniger als 20 cm hat. In beiden Fällen ist ein Hauptgewicht auf die genügende Zufuhr von Kali und Phosphorsäure in Form von Rainit und Thomas-schlacke oder je nach der Preislage irgend eines anderen Kali- beziehungsweise Phosphorsäurehaltigen Kunstdüngers zu legen. Welche Mengen von Kali und Phosphorsäure und ob eventuell auch Kalk zu geben sein wird, wird durch die chemische Analyse des Bodens sowie durch specielle Versuche festzustellen sein. Daß ein lebhaftes Bedürfnis nach Kali und Phosphorsäure besteht, ist ganz unzweifelhaft und ergibt sich schon daraus, daß bei der versuchsweisen Anwendung von Rainit und Thomas-schlacke an zwei Orten im Laibacher Moore trotz der homöopathischen, lächerlich geringen

zur Wiesenanlage vollkommen geeignet. Nach wenigen Jahren würde in der Benützung dieser Flächen kaum ein wesentlicher Unterschied gegenüber gewöhnlichem mineralischen Boden bestehen.

Endlich bemerkt Professor Meißel, daß bei einer ausgedehnten Cultur des Laibacher Moores für die Zufuhr von Kunstdünger sei es via Trieste, sei es via Wien, wesentlich ermäßigte Tarife bei der Südbahn anzustreben wären, und fährt derselbe fort:

Unter Berücksichtigung der bisherigen Auseinandersetzungen wäre nun als die zunächst in Angriff zu nehmende Maßregel zur Hebung der Cultur im Laibacher Moore die Anlage einer kleinen Moorculturstation zu empfehlen. Als Muster für diese könnten im allgemeinen die schon bestehenden galizischen Stationen gelten, welche sich bisher befriedigend bewährt haben.

Das Wichtigste bei Errichtung einer solchen Station ist die Ausmittlung eines passenden Ortes und einer geeigneten Persönlichkeit, welche die Beaufsichtigung und unmittelbare Leitung der Arbeiten an Ort und Stelle übernimmt. Beides glaubt Professor Meißel bei seiner Anwesenheit im Laibacher Moore gefunden zu haben, und zwar in der Person und in der Person des Herrn Martin Peruzzi in Schwarzdorf im Laibacher Moore.

Der Peruzzi'sche Besitz ist für die Anlage einer Moorculturstation deshalb sehr geeignet, weil er im centralen Theile des Moores liegt und sowohl trockene als nasse Flächen enthält, auf welchen Gelegenheit zu

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Jänner d. J. den Oberingenieur im Ministerium des Innern Johann Rasiak zum Baurathe extra statum in diesem Ministerium allergnädigst zu ernennen geruht.
B a d e n i m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 4. Jänner d. J. dem Rechnungsbeamten der europäischen Donau-Commission Karl Viega das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Das Eisenbahnministerium.

I.

Die „Wiener Zeitung“ publicierte, wie wir dies bereits signalisierten, eine Rundmachung des Handelsministers und des Eisenbahnministers, betreffend die Errichtung eines Eisenbahnministeriums und die Erlassung eines neuen Organisationsstatuts für die staatliche Eisenbahnverwaltung.

Die Rundmachung lautet:

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 15. Jänner 1896 die Errichtung eines Eisenbahnministeriums allergnädigst zu genehmigen geruht. Mit derselben Allerhöchsten Entschliessung haben Se. Majestät dem unten folgenden Organisations-Statute für die staatliche Eisenbahnverwaltung in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern die Allerhöchste Genehmigung zu erteilen geruht. In Gemäßheit dieser Allerhöchsten Entschliessung hat das Eisenbahnministerium seine Wirksamkeit mit 19. Jänner 1896 aufgenommen. Mit diesem Zeitpunkte wurden die sämtlichen bisher dem Handelsministerium zugewiesenen Ämten des Eisenbahnwesens aus dem Wirkungskreise dieses letzteren Ministeriums ausgeschieden und sind an das Eisenbahnministerium übergegangen. Von dem gleichen Zeitpunkte an wurden die betreffenden Amtsabteilungen des Handelsministeriums, die General-Inspection der österreichischen Eisenbahnen und die General-Direction der österreichischen Staatsbahnen dem Eisenbahnminister unterstellt, welcher die erforderlichen Vorkehrungen treffen wird, damit das neue Organisations-Statut mit 1. August 1896 voll in Wirksamkeit trete.

G l a n z m. p. G u t t e n b e r g m. p.

Anschließend an diese Rundmachung wird das Organisations-Statut für die staatliche Eisenbahnverwaltung zur Verlautbarung gebracht.

Darnach erfolgt die oberste staatliche Leitung des gesamten Eisenbahnministeriums, sowie insbesondere die oberste einheitliche Verwaltung der vom Staate selbst auf eigene oder fremde Rechnung betriebenen Eisenbahnen einschließlich der Trajectanstalt in Bregenz, sowie die oberste Leitung des Staatseisenbahnbaues durch das neu errichtete Eisenbahnministerium. Dasselbe hat fortgesetzt die Hebung und Vervollkommenheit des vaterländischen Eisenbahnwesens im Auge zu behalten und alle ihm zu diesem Zwecke geeignet erscheinenden administrativen Maßnahmen zu treffen, beziehungsweise zu veranlassen. Im Mobilisierungsfalle entsendet das Eisenbahnministerium die für die Vertretung der Staatseisenbahnverwaltung erforderlichen Organe in die Central-Eisenbahn-Transportleitung.

Culturen auf unbedeckten Moordämmen, als auch zu Mischculturen wäre. Die Wasserverhältnisse sind dort besser als sonst und überall leicht zu regeln. Ein Theil dagegen ist der Hochwassergefahr nicht oder nur in sehr geringem Maße ausgesetzt, so daß man also dort nach jeder Richtung hin Gelegenheit hätte, Versuche anzustellen.

Die Aufgaben der dortigen Moorculturstation ließen sich vorläufig in großen Zügen dahin feststellen, daß über die zweckmäßigste Verwendung von Kunstdünger, den Anbau verschiedener Sorten von Culturpflanzen und die geeignetste Bestellungsart auf unbedeckten Moordämmen und Mischculturen, später eventuell auch auf bedeckten Dämmen Erfahrungen gesammelt werden. Als für das Laibacher Moor besonders wichtig wäre dabei auch ein Hauptaugenmerk auf den Futteranbau und die Anlage von Wiesen und Weiden zu richten.

Was schließlich die Ausdehnung und die Kosten der in Rede stehenden Moorculturstation betrifft, so würde im Anfange, also in den ersten paar Jahren, eine Fläche von 3 bis 5 Joch völlig ausreichen und die Kosten keinesfalls 400 bis 500 fl. pro Jahr übersteigen. In späteren Jahren würden sich bei gleichen Kosten die Flächen erweitern lassen. Eventuell wären an anderen Orten im Moore subventionierte Stationen zu errichten, was umso leichter ohne große Kosten wird geschehen können, als bis dahin die erste und älteste Station bereits auf eigenen Füßen stehen muß.

In unmittelbarer Unterordnung unter das Ministerium bestehen zur Leitung des localen Betriebsdienstes der Staatsbahnen innerhalb räumlicher Bezirke besondere Dienststellen, welche die Bezeichnung „k. k. Staatsbahn-Direction“ führen. Zur Bau-Ausführung neuer auf Staatskosten herzustellender Eisenbahnen, sowie besonders umfassender Vorarbeiten auf schon im Staatsbetriebe befindlichen Eisenbahnen werden k. k. Eisenbahnbauleitungen bestellt, welche gleichfalls dem Eisenbahnministerium unterstehen, sofern nicht von letzterem im einzelnen Falle die Unterstellung einer Eisenbahnbauleitung unter eine Staatsbahn-Direction bestimmt wird. In Unterstellung unter die Staatsbahn-Directionen wird der locale Betriebsdienst durch Bahnerhaltungssectionen, durch Bahnbetriebsämter, Bahnstationsämter, Heizhausleitungen, Werkstättenleitungen, Material-Magazinsleitungen besorgt. Dem Eisenbahnministerium bleibt es vorbehalten, im Bedarfsfalle Abweichungen eintreten zu lassen, und wo es locale oder ökonomische Bedürfnisse wünschenswert erscheinen lassen, k. k. Betriebsleitungen zu errichten.

Das Eisenbahnministerium wird, den Anforderungen des Dienstes entsprechend, in Sectionen, letztere werden in gleicher Weise in Departements gegliedert. Es folgen die Bestimmungen über den besonderen Wirkungskreis des Ministeriums. Derselbe bezieht sich im Wesentlichen: auf die Eisenbahn-Staatsverträge sowie die internationalen Vereinbarungen in Eisenbahnangelegenheiten, auf alle Angelegenheiten, welche die Beziehungen der inländischen Eisenbahnen zum Auslande betreffen, soweit dieselben über den regelmäßigen Verkehr hinausgehen, auf die legislativen oder nach einheitlichen Grundsätzen zu regelnden Eisenbahnangelegenheiten, die Verhandlungen wegen Sicherstellung neuer Staats- oder Privatbahnen, die Eisenbahn-Concessionsverhandlungen, Verstaatlichungs-Verhandlungen, alle auf den Eisenbahnbau und Betrieb bezüglichen Ägnden, die Kranken- und Unfallversicherung bei den Eisenbahnen und im allgemeinen die Oberaufsicht über die Privatbahnen.

Politische Uebersicht.

Laibach, 22. Jänner.

Die Zoll- und Handelsconferenz tritt heute zusammen. Die Einberufung der Konferenz erfolgt im Hinblick auf die Handelsvertrags-Verhandlungen, welche demnächst zwischen Oesterreich-Ungarn und den einzelnen Staaten gepflogen werden sollen.

Die Beerdigung der neuernannten Minister Dr. Rittner und FML. Ritter von Gattenberg durch Se. Majestät den Kaiser findet, dem „Fremdenblatt“ zufolge, morgen statt.

In der gestrigen Sitzung des niederösterreichischen Landtages interpellierten die Antisemiten über den Termin, in welchem die Wiener Gemeinderathswahlen stattfinden sollen. Der Statthalter Graf Kielmansegg beantwortete diese Interpellationen, die im Hinblick auf die beim Verwaltungs-Gerichtshofe eingeleiteten Beschwerden gestellt wurden, dahin, daß nach § 17 des Gesetzes über den Verwaltungs-Gerichtshof die Einbringung der Beschwerde gegen die Auflösung des Gemeinderathes keine aufschiebende Wirkung habe, doch könne über Partei-Ansuchen ein Aufschub bewilligt werden. Die Vorarbeiten für die Neuwahlen wurden durch Bezirkshauptmann Friebeis in Angriff genommen und dieser ist nicht angewiesen, die Arbeiten zu sistieren; die Wahlvorbereitungen seien vielmehr im vollen Zuge. Bezüglich des Wahltermines verwies der Statthalter auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten im Reichsrathe, daß die Wahlvornahme erst nach vollständiger Durchführung des Reclamationsverfahrens erfolgt und nach Vorschrift der Gemeinde-Wahlordnung der Wahltag erst acht Tage früher zur allgemeinen Kenntnis zu bringen sei. In dieser Erklärung sei auch betont, daß die Festsetzung des Wahltages Sache des Bürgermeisters, respective des vertretenden Bezirkshauptmannes, nicht die der Regierung sei. Der Statthalter wies schließlich darauf hin, daß seitens der politischen Behörden aller Länder die Bestimmung der sechsmonatlichen Frist in dem Sinne gehandhabt werde, daß damit der Termin des Beginnes der Wahlaction festgesetzt erscheint.

Im böhmischen Landtage bearündete Graf Adalbert Schönborn seinen Antrag auf Einführung der zweiten Landessprache als obligatorischer Lehrgangsanstand an den Mittelschulen. Sowohl von deutscher wie von jung-tschechischer Seite wurde gegen diesen Antrag lebhafter Protest erhoben und der Abg. Dr. Schlesinger stützte sich ganz besonders auf das Staatsgrundgesetz, welches den Zwang zur Erlernung der zweiten Landessprache ausschließt. Die deutschen Abgeordneten erklärten sich bereit, für die Zuweisung an eine Commission zu stimmen; die Jung-tschechen dagegen erklärten sich selbst gegen eine solche Zuweisung. Der Abg. Dr. Pacal brachte in der gestrigen Landtagsitzung den Entwurf eines Nationalitäts-Gesetzes ein, welcher identisch ist mit dem Vorschlage, welchen Dr. Pacal kürzlich in einer Broschüre veröffentlicht hat.

Im mährischen Landtage traten im Laufe der Debatte über die Dotierung der Landesmittelschulen mehrere tschechische Redner für die Vermehrung der böhmischen Mittelschulen ein. Referent Brandhuber erklärte, die größte Zahl der mährischen Städte sei deutsch. Die slavischen Kinder besuchen gerne die deutschen Schulen. Abg. Jaczel bezeichnet die Erklärungen Brandhubers als Verhöhnung der Tschechen. Er erklärt, die böhmischen Kinder besuchen die deutschen Schulen, weil zu wenig böhmische vorhanden seien und behauptet, in Mähren werden die Kinder für die deutschen Schulen geradezu gekauft. (Lebhafter Beifall rechts.) Abg. Brandhuber erklärt, er wolle die böhmische Nation keineswegs verhöhnen. Die Behauptung des Vorredners wegen des Kinderkaufes sei wohl nur in der Erregung gesprochen worden. Wenn dem so wäre, möge die Rechte gesetlichen Schutzes ansprechen.

Im schlesischen Landtage entspann sich eine längere Debatte über die Verhältnisse an dem Reichsgrenzflusse Oppa. Mehrere Redner verlangten anlässlich der Besprechung der eigenmächtigen Anlage eines Dammes auf preussischer Seite eine schärfere Geltendmachung der österreichischen Interessen am Laufe des Flusses gegenüber Preußen. Der Landespräsident versicherte, nach dem Ergebnisse einer im Laufe des November stattgefundenen gemeinsamen Commission wegen dieses Dammes dürfe auf das nöthige Entgegenkommen der preussischen Behörden gerechnet werden und es sei die Hoffnung berechtigt, daß ein diesbezügliches einvernehmliches Vorgehen werde aufrecht erhalten werden können.

Im galizischen Landtage vertehrte sich der Regierungsvertreter Hofrath Los dagegen, daß Beschwerden über angebliche Wahlmissbräuche, die in einzelnen Fällen vorgekommen sein sollen, generalisirt werden. Die von der Regierung an Ort und Stelle angeordnete Untersuchung werde sicherlich objectiv und unparteiisch durchgeführt, da es der Regierung eben falls darum zu thun sei, der Wahrheit zum Rechte zu verhelfen und die Sache zu ergründen. Abg. Barwinick (Ruthene) beantragte die Einführung des obligatorischen Unterrichtes der beiden Landessprachen an galizischen Mittelschulen und die Organisirung praktischer Kurse für den Unterricht in der ruthenischen Sprache für Juristen und Beamte.

Der deutsche Reichstag setzte gestern die Berathung des Postetats fort. — Der „Reichsanzeiger“ meldet die Verleihung des schwarzen Adlerordens an den Erbgroßherzog von Sachsen, ferner die Ernennung des Oberstaatsanwaltes Hamm (Köln) zum Oberreichsanwalt, des Reichsanwaltes Galli zum Reichsgerichtsrath und des Oberlandesgerichtsrathes Heintze (Stettin) zum Reichsanwalt.

Der Schweizer Bundesrath beschloß, alle Regierungen Europa's zu einer Conferenz zu dem Zwecke der Regelung der besonderen Verhältnisse für die Fortsetzung der Statistik der europäischen Eisenbahnen durch das Centralamt für internationalen Eisenbahntransport einzuladen. Die Conferenz soll im Frühjahr 1896 in Bern zusammentreten.

Die französische Kammer begann heute die Verathung über die 80-Millionen-Anleihe für Tonking.

Eine Depesche aus Havanna meldet: Ein vom Capitän Martin Sanchez befehligte Colonne stieß mit den Rebellen zusammen und brachte denselben nach einem erbitterten Kampfe eine vollständige Niederlage bei. 30 Insurgenten wurden getödtet und mehr als 100, darunter der Chef Rutez, verwundet.

Die Agence Valcanique meldet aus Sofia: Die Sobranje ist am 21. d. M. zusammengetreten und begann die zweite Lesung des Strafgesetzes. Wegen schlechten Wetters sind zahlreiche Deputierte abwesend. Gestern ist kein Eisenbahnzug hier eingetroffen. Die Rückkehr des Prinzen Ferdinand wird spätestens am 15./27. d. M. erwartet. In parlamentarischen Kreisen hält man fortgesetzt an der Hoffnung fest, daß die Ceremonie des Uebertrittes des Prinzen Boris noch am 18./30. d. M. möglich sein wird.

Tagesneuigkeiten.

— (Vom Hofe.) Se. Majestät der Kaiser empfing am 21. d. M. den Herrn Erzherzog Ferdinand Karl, welcher, wie verlautet, das Erzherzogspaar Rudolph auf dessen Reise nach Assuan und von dort auf der projectierten Reise nach Palästina begleiten wird. Für die Reise wäre insgesammt eine Dauer von drei Monaten in Aussicht genommen.

— (Congress für Psychologie.) Der dritte internationale Congress für Psychologie findet in der Zeit vom 4. bis 7. August d. J. in den Räumen der Universität zu München statt. Erster Präsident ist Professor Stumpf aus Berlin, zweiter Präsident Prof. Dr. Wippa aus München, General-Secretär ist Dr. von Schrenk-Notzing in München. Das bairische Kultusministerium bewilligt eine Summe für den Congress.

— (Die Röntgen'sche Erfindung.) Der von Professor Roentgen an zwei zu operierenden Fä-

viduen mit Röntgen'schen X-Strahlen gemachten Versuche hatten vollständigen Erfolg. Die photographischen Bilder zeigen mit größter Schärfe und Präcision den Defect der durch einen Revolververschuß verletzten linken Hand des zu operierenden Mannes und mit großer Deutlichkeit den Sitz des kleinen Projectils, während sie bei dem zu operierenden Mädchen mit größter Deutlichkeit den Sitz und das Wesen der Mißbildung am linken Fuße zeigen und die Handhabe für die Fixation der Operationspunkte liefern.

— (Bismarck's Dank.) Die «Samb. Nachrichten» veröffentlichten an der Spitze des Blattes folgende Dankesagung des Fürsten Bismarck: «Friedrichsruhe 20. Jänner. Zur Jubelfeier am 18. Jänner habe ich von Mitbürgern in der Heimat und Fremde so zahlreiche Zuschriften und telegraphische Begrüßungen erhalten, daß ich leider mit meinen Arbeitskräften nicht in der Lage bin, den einzelnen meinen Dank auszusprechen. Ich bitte deshalb die, die meiner bei dieser Gelegenheit so freundlich gedacht, meinen herzlichsten Dank hiedurch entgegenzunehmen. Bismarck.»

— (Wiehausfuhr.) Nach einer Meldung der Belgrader Blätter wurde wegen Austausch der Klauenleuße beim Hornvieh in Belgrad und Umgebung die Ausfuhr von Hornvieh via Belgrad sistiert.

— (Aus Yokohama.) Reuter's Office meldet aus Yokohama: Der frühere Gesandte in Seoul, Bicomte Miura, sowie die anderen der Beteiligung am Staatsstreiche in Korea beschuldigten Personen wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

— (Theaterbrand.) Ein Telegramm aus St. Petersburg berichtet: Während der gestrigen Tagesvorstellung im Holztheater in Jekaterinoslaw kam ein Feuer zum Ausbruch; das Theater ist ganz niedergebrannt. Bis 11 Uhr nachts wurden 49 Leichen aufgefunden.

— (Astrup.) Der bekannte Polarforscher Astrup, Teilnehmer an der Parry-Expedition, wurde am 21sten d. M. in Vilsesvedalen todt aufgefunden.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krainischer Landtag.

Achte Sitzung am 22. Jänner 1896.

Vorsitzender: Landeshauptmann Otto Detela.

Regierungsvertreter: Landespräsident Baron Hein.

Bezirkskommissär Baron Rechbach.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und verifiziert.

Die eingelangten Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Abg. Friar verlangt bezüglich der noch nicht erfolgten Uebertragung des stenographischen Protokolls der Verificationsdebatte Aufklärung. Abg. Dr. Majaron interpellierte den Obmann des Finanzausschusses wegen eines aus den Verhandlungen desselben unrichtig veröffentlichten Antrages. Abg. Klun gibt eine entsprechende Erklärung, indem er die Verantwortung für die Veröffentlichung ablehnt.

Die Regierung unterbreitet einen Gesetzentwurf, womit der § 13 des Gesetzes vom 26. October 1887, betreffend die Theilung gemeinschaftlicher Grundstücke und die Regulierung der hierauf bezüglichen gemeinschaftlichen Benützungs- und Verwaltungsrechte ergänzt wird.

Abg. Klun beantragt die Ergänzung des Bauordnungsausschusses durch die Wahl dreier Mitglieder.

Abg. Dr. Tavčar begründet den selbständigen Antrag, die Centralregierung sei aufzufordern, rechtzeitig den Zollvertrag mit Ungarn zu kündigen, und bei Erneuerung des Vertrages entschieden den Standpunkt zu vertreten, daß der diesseitigen Reichshälfte eine weit entsprechende, günstigere Quote erwirkt werde, als es bisher der Fall war.

Der Abgeordnete erklärt, nur einige der wichtigsten Momente, die gegen die Erneuerung des Zoll- und Handelsvertrages auf der bisherigen Grundlage sprechen, erörtern zu wollen und überläßt dem Abg. Bobše die Begründung des Antrages mit besonderer Rücksichtnahme auf die landwirtschaftlichen Interessen. Unter anderem bespricht der Abgeordnete die einseitige Begünstigung der Production des ungarischen Ländergebietes, die einseitige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen bei Abschluß von Handelsverträgen durch Ungarn. Die Beitragquote müsse erhöht werden. Der Abgeordnete bespricht näher den Aufschwung, dessen sich Ungarn seit den letzten 28 Jahren auf finanziellem Gebiete, in der Entwicklung des Eisenbahnwesens, durch die Vermehrung seiner Bevölkerung u. s. w. erfreue, während sich die wirtschaftliche Lage der diesseitigen Reichshälfte infolge der Concurrenz mit Ungarn bedeutend verschlechtert habe.

Zum Schlusse seiner Ausführungen betont Redner, die Slovenen träten jederzeit für die Macht und das Ansehen des ganzen Reiches ein und perhorrescieren daher auch das Vorgehen der antisemitischen Partei, da nur auf friedlichem Wege ein ersprißliches Uebereinkommen erzielt werden könne. (Beifall.)

Abg. Bobše weist auf die gleichen Enunciationen hinsichtlich des Zoll- und Handelsvertrages in den an-

deren Landesvertretungen hin und beleuchtet die Nachtheile des gegenwärtigen Vertrages auf die Landwirtschaft in der diesseitigen Reichshälfte, indem er darlegt, welchen großartigen Aufschwung die Volkswirtschaft in Ungarn in den letzten zehn Decennien genommen hat. Die ungarischen Producte überschwemmen infolge der eisenbahntarifrischen und anderen einseitigen Begünstigungen den Markt und es werden die volkswirtschaftlichen Interessen der anderen Kronländer hiedurch schwer geschädigt, ohne daß die Regierung, der die Hände durch den ungünstigen Vertrag gebunden sind, Abhilfe schaffen könne. Redner fordert die Aenderung der Participationsquote an der Verzehrungssteuer-Revision unter Anführung ziffermäßiger Details. Im weiteren Verlaufe seiner Erörterungen kommt der Abgeordnete auf die veterinären Maßregeln zu sprechen, deren Einhaltung strenge zu fordern wäre. Die Nothwendigkeit der Erhöhung der Beitragsquote ergebe sich schon aus dem Vergleiche der gegenseitigen Beitragsleistungen zu den gemeinsamen Ausgaben, indem in Eisleithanien auf den Kopf 2 fl. 94 kr., in Transleithanien 1 fl. 84 kr. entfallen.

In formeller Beziehung beantragt der Abgeordnete die Zuweisung an den Verwaltungsausschuß.

Der Antrag wird unter dem Beifalle des Hauses angenommen.

Abg. Klun begründet den selbständigen Antrag, die Regierung sei aufzufordern, bei Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn baldigst das Verhältnis zwischen beiden Reichshälften hinsichtlich des Sichelburger- und Marienthaler Bezirkes der ehemaligen Militärgrenze zu ordnen und diese Territorien wieder dem Lande Krain einzuverleiben.

Der Abgeordnete erörtert die historische Frage in erschöpfender Weise, indem er auf Grund von Urkunden den Beweis für die ursprüngliche Zusammengehörigkeit der beiden Territorien zum Lande Krain erbringt. Die Reincorporierung des Sichelburger Territoriums, das einen Flächeninhalt von vier Quadratmeilen mit ungefähr 11.000 Einwohnern hat, erscheint auch mit Rücksicht auf die Aerialwaldungen von 6601 Joch im Staatsinteresse geboten. Urkunden aus den Jahren 1604 und 1667 documentieren, daß diese Waldungen auf krainischem Boden stehen. Im achtzehnten Jahrhunderte wurden bei Organisation der Grenzregimenter die Territorien Sichelburg und Marienthal dem Generalat Karstadt zugewiesen. Nach Aufhebung der militärischen Unterordnung der Grenze erschien es begründet, daß die Unterthanen jener Territorien wieder wie früher die Zuständigkeit nach Krain erlangten. Während im Jahre 1881 die ungarische Regierung die Erklärung abgegeben hatte, daß sie eine Grenzregulierung anerkenne, nahm sie später einen ablehnenden Standpunkt ein.

Redner weist auf die Beschlüsse des krainischen Landtages im Jahre 1881 hin, nach welchen das Land Krain seine Ansprüche an die beiden Territorien in vollem Umfange aufrecht hält und die Reincorporierung derselben verlangt. Der gestellte Antrag schließt sich den damaligen Beschlüssen vollständig an.

In formeller Beziehung beantragt der Abgeordnete die Zuweisung an den Verwaltungsausschuß.

Der Antrag wird unter Beifall des Hauses angenommen.

Namens des Finanzausschusses berichten über Petitionen, und zwar:

Abg. Bitnik über die Petition des Gemeindeamtes St. Michael, Bezirk Abelsberg, um Subvention für die Anlage einer Wasserleitung; dieselbe wird dem Landesausschuße zur endgültigen Erledigung abgetreten.

Abg. Murnik über die Petition des Unterstützungvereines für entlassene Sträflinge in Krain um Bewilligung einer Subvention; dem Vereine wird eine Unterstützung von 50 fl. bewilligt.

Abg. Klun über die Petition des Ortschulrathes in Altenmarkt bei Baas um Einreihung der zweiten Beirtheile in die II. Gehaltskategorie; dieselbe wird dem Landesausschuße zur Vorlage an den Landeschulrath abgetreten.

Abg. Modic befürwortet die Petition. Der Ausschussantrag wird angenommen.

Abg. Murnik über die Petition der Stadtgemeinde Tschernembl um Abschreibung des Darlehensrestes per 4890 fl. für den Schulhausbau. Der Ausschuss beantragt die Abweisung der Petition.

Abg. Dr. Tavčar weist auf die Nothlage der Gemeinde hin, befürwortet die Petition und beantragt, dieselbe dem Landesausschuße zur weiteren Erhebung und Berichterstattung abzutreten.

Dieser Antrag wird abgelehnt und der Antrag des Finanzausschusses angenommen.

Namens des Verwaltungsausschusses berichten über Petitionen:

Abg. Bobše über die Petition des Gemeindeamtes Kostel um Vornahme der Vorerhebungen für die Anlage einer Wasserleitung durch einen landschaftlichen Ingenieur und über die Petition der Gemeindefürer Podgora und Bibem um Anfertigung der Pläne für die Anlage einer Wasserleitung durch den landschaftlichen Hydrotechniker. Der Ausschuss beantragt die Petitionen dem Landesausschuße zur entsprechenden Erledigung abzutreten.

Abg. Paliz befürwortet wärmstens die Petitionen und stellt an den Landespräsidenten die Bitte, es möge die Landesregierung das Ansuchen der Gemeinden gewähren und durch staatliche Organe die Vorerhebungen vornehmen lassen.

Der Berichterstatter bemerkt, daß sich der Landesausschuß bereits an das Ackerbauministerium wegen Bestellung eines staatlichen Hydrotechnikers zu dem erwähnten Zwecke gewendet habe. Der Ausschussantrag wird schließlich angenommen.

Abg. Dr. Papež über die Petition des Gemeindeamtes in Draschitz um Umlegung der Bezirksstraße Draschitz-Kermatschina. Der Ausschuss beantragt, die Petition dem Landesausschuße zur weiteren Erhebung abzutreten.

Abg. Schweiger empfiehlt die Petition zur Würdigung. — Der Ausschussantrag wird angenommen.

Abg. Jelovšek über die Petition der Gemeindeämter Oberloitsch, Hoteberschitz, Gereuth, Planina und anderer um Abweisung der Petition des Bezirksstraßen-ausschusses von Voitsch inbetriff des Unterloitsch-Rateler Straßenbaues. Die Petition wird mit Rücksicht auf den den gleichen Gegenstand behandelnden Antrag des Verwaltungsausschusses in der vierten Sitzung des krainischen Landtages, dem Landesausschuße zur weiteren Erhebung abgetreten.

In den Ausschuss zur Berathung der Bauordnung wurden gewählt die Abgeordneten Graf Leo Auerperg, Dr. Majaron und Bitnik.

Die nächste Sitzung findet Freitag statt.

Die Tagesordnung derselben lautet: 1.) Lesung des Protokolls der VIII. Landtagsitzung vom 22. Jänner 1896. 2.) Mittheilungen des Landtagspräsidenten. 3.) Beilage 32. Regierungsvorlage eines Gesetzentwurfes, womit der § 13 des Gesetzes vom 26. October 1887, R. G. B. Nr. 2 ex 1888, betreffend die Theilung gemeinschaftlicher Grundstücke und die Regulierung der hierauf bezüglichen gemeinschaftlichen Benützungs- und Verwaltungsrechte, ergänzt wird. 4.) Begründung des selbständigen Antrages des H. Abg. Ivan Friar und Genossen, betreffend die Errichtung einer Landes-Veichversicherungsanstalt. 5.) Begründung des selbständigen Antrages des Herrn Abgeordneten Dr. Ignaz Bitnik und Genossen, betreffend die Errichtung einer Landes-Versicherungsanstalt gegen Feuerschaden, Hagelschlag und Viehkrankheiten. 6.) Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition des Alois Domicelj, Schüler an der Wein- und Obstbauschule in Klosterneuburg, um Unterstützung. 7.) Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Petition der landwirtschaftlichen Filiale in Großschitz um Subvention behufs Förderung der Landwirtschaft. 8.) Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses, betreffend die Genehmigung von Umlagen für Straßenzwecke. 9.) Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition mehrerer Insassen in Randia, bei Rudolfswert um Erweiterung der Landesstraße in Randia. 10.) Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition der Gemeindeämter Arfische, Kanbersche, Kolowrat und des Eigenthümers des Bades in Gallenegg um Errichtung eines k. k. Gendarmeriepostens in Gallenegg. 10.) Mündlicher Bericht des Verwaltungsausschusses über die Petition des Gemeindeamtes in Trojane um Errichtung eines k. k. Gendarmeriepostens in Trojane.

— (Bezug der Pensionen u. aus dem allgemeinen Pensionsetat.) Seine Majestät der Kaiser hat mit Allerhöchster Entschliessung vom 11ten Jänner 1896 allergnädigst zu gestatten geruht, daß bezüglich jener Versorgungsgegenstände, welche für Rechnung des allgemeinen Pensionsetats der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder unter dem Titel «Quiescenten» gehalten, Pensionen, Provisionen, Gnadengaben und Erziehungsbeiträge erfolgt werden, künftighin der Fälligkeitstermin bereits am 1. jeden Monats, statt wie bisher am 2., einzutreten hat, während als Zahlungstag der zweite Montag unverändert fortbesteht. Die erwähnten Ruhe- und Versorgungsgegenstände werden daher in Einkunft auch in jenen Fällen, in welchen das Bezugsrecht schon am 1. eines Monats erloschen ist, noch für den ganzen Monat ausbezahlt werden, ausgenommen den Fall, daß schon in der Anweisungsvorordnung ein bestimmter Einstellungstermin bezeichnet worden ist. Dem entsprechend werde auch die am 1. eines Monats ausgestellte pfarramtliche Lebensbestätigung als vorschriftsmäßig ausgestellt gelten. Diese mit 1. Februar 1896 in Kraft tretenden Bestimmungen gelten laut der erwähnten Allerhöchsten Entschliessung auch bezüglich jener Versorgungsgegenstände, welche für Rechnung des gemeinschaftlichen Pensionsetats erfolgt werden, sowie bezüglich der Versorgungsgegenstände der Organe der Cabinetskanzlei und ihrer Wittwen und Waisen. Mit obigen Begünstigungen erscheinen nunmehr die erwähnten Versorgungsgegenstände bezüglich des Fälligkeitstermines und der aus diesem fließenden Rechte mit den Versorgungsgegenständen aus dem gemeinsamen Pensionsetat, für welche jene Bestimmungen seit dem Jahre 1895 gelten, ferner mit den Versorgungsgegenständen der Officiers-Wittwen und -Waisen auf Grund des Gesetzes vom 27ten April 1887, endlich mit den Pensionen der ungarischen Staatspensionisten gleichgestellt.

Nach dem officiellen Coursblatte.

nezu Palčar (po dr. Hudniku) proti
nezu Palčar iz Št. Jurja st. 22, sedaj
Ameriki, zarad 350 gld. s pr. de praes.
decembra 1895, st. 25.128, slednjim
ostavil gospod Janez Šipel iz Št. Jurja
trbnikom na čin in da se je za
krajsano razpravo določil dan na
21. februarja 1896,
ponovne ob 9. uri, pri tem sodi: